

Uli Corona-Newsletter vom 9. September 2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

heute hat uns erneut sehr stark das Schicksal der Geflüchteten beschäftigt, die bisher im Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos unter zum Teil unsäglichen Umständen gehaust haben. Ein Feuer hat das Lager zerstört. Corona ist ein ganz besonders bitterer Begleiter der Geflüchteten. Nach dem verheerenden Großbrand sollen die obdachlos Gewordenen zunächst auf Schiffen und in Zelten untergebracht werden. Demnach sollen am morgigen Donnerstag zwei Landungsschiffe der Kriegsmarine Geflüchtete aufnehmen, auch eine griechische Reederei soll ein Schiff bereitgestellt haben. Zudem sollen rund 400 unbegleitete Kinder noch am Abend von Lesbos aufs Festland gebracht werden.

Heute Abend haben in deutschen Großstädten Tausende Demonstranten gefordert, Geflüchtete jetzt unverzüglich in der EU und Deutschland aufzunehmen. In Berlin beteiligten sich laut Polizei rund 3000 Menschen, in Hamburg mehr als 1200 und in Frankfurt am Main 300. Sie verlangten die sofortige Evakuierung aller Lager auf den griechischen Inseln und die Aufnahme der Menschen. Einzelne Staaten müssten dabei vorangehen, da eine europäische Lösung nicht in Sicht sei, erklärte die Organisation "Seebrücke". Wir bleiben hart an dem Thema dran. Herzliche Grüße, Uli

Der Stand der Infektionen vom 9. September 2020

Deutschland

Gesamtzahl: 253.474 (Veränderung zum Vortag: + 1.176)

Baden-Württemberg

Gesamtzahl: 44.388 (+278); Genesene Personen: 38.828 (+278); Verstorbene Personen: 1.867 (+1)

Rhein-Neckar-Kreis

Gesamtzahl: 1434 (+1); aktive Fälle: 74; Genesene Personen: 1320; Verstorbene Personen: 40 (-)

Die Katastrophe vor Moria

Ein Feuer hat in der Nacht das Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos völlig zerstört. Die Menschen, die dort lebten, konnten fliehen, stehen aber vor einer ungewissen Zukunft. Es ist eine humanitäre Katastrophe – und das nicht erst seit heute. Die Europäischen Staaten haben sich jahrelang abgeschottet und einer Lösung verweigert.

Dieses Wegschauen bringt unerträgliches Chaos und Leid. Die EU hat die Menschen sich selbst und dem Corona-Virus überlassen, ohne Seife, fließendes Wasser und nahezu ohne medizinischer Versorgung. Es gibt kein Lager mehr, das evakuiert werden könnte. Die Menschen sind obdachlos. Europa muss ihnen helfen - und zwar jetzt. Die Bundesregierung muss eine EU-weite Verteilung der Geflüchteten jetzt endlich auch im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft zur Priorität machen.

Der Bundesinnenminister muss sofort das THW losschicken und Nothilfe und medizinische Versorgung leisten. Wir müssen die Menschen umgehend ausfliegen und können Griechenland nicht mehr allein mit ihnen lassen. Seehofer muss umgehend seinen Widerstand aufgeben!! Schlagen Sie die Aufnahmebereitschaft der Länder und Kommunen nicht länger in den Wind!! Wir haben Platz und dürfen den Menschenrechtsverletzungen nicht länger zusehen!!

In Deutschland haben sich mittlerweile 174 Städte und Gemeinden zu „Sicheren Häfen“ erklärt, darunter auch 27 Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg. Auch Baden-Württemberg ist zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit und hat in den vergangenen Monaten bereits einige Familien und Kinder von den griechischen Inseln im Südwesten aufgenommen.

Auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat sich klar positioniert und fordert die Bundesregierung dringlich dazu auf, ihr Aufnahmekontingent weiter aufzustocken! Wir müssen möglichst vielen Menschen in den griechischen Flüchtlingslagern helfen. Gerne wird BW dann seinen Beitrag leisten und diese Menschen aufnehmen.

Hintergrund: Über die Zulässigkeit von Landesaufnahmeprogrammen gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen. Der Bund lehnt solche bekanntermaßen nicht nur in Hinblick auf eine gemeinsame europäische Lösung und ein bundeseinheitliches Vorgehen ab, sondern hält Landesaufnahmeprogramme innerhalb der Europäischen Union grundsätzlich auch für rechtlich nicht zulässig mit Blick auf die vorrangigen Regelungen der Dublin-Verordnung. Gerade weil der Bund aber eigene Landesaufnahmeprogramme bislang immer abgelehnt hat, ist er meines Erachtens in dieser Situation besonders in der Pflicht, zusätzliche humanitäre Hilfe zu leisten.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/stuttgart-kuhn-feuer-fluechtlingslager-forderung-aufnahme-100.html>

Frauenhäuser verzeichnen mehr Anfragen - kaum freie Plätze

Die Zahl der Opfer von partnerschaftlicher Gewalt ist in den letzten Jahren laut einer Statistik des Bundeskriminalamtes stetig angestiegen. In den meisten Fällen handelt es sich hierbei um Frauen, doch auch Männer können davon betroffen sein. Gerade in Zeiten der

häuslichen Isolation in der Corona-Krise wurde davon ausgegangen, dass das Risiko für häusliche Gewalt weiter zunehmen könnte. Eine mögliche Hilfe für Betroffene stellen dabei die Frauenhäuser dar.

Ob es zu einem Anstieg der häuslichen Gewalt speziell während der Corona-Krise gekommen ist, ist strittig. Trauriger Fakt ist, dass die Anfragen jedes Jahr steigen – zunächst einmal unabhängig von Corona. Das liegt unter anderem daran, dass das Thema – und genauso muss es sein – immer mehr in der Öffentlichkeit thematisiert wird und sich sowohl Gesellschaft, als auch Politik klar und unmissverständlich positionieren: häusliche Gewalt ist ein gesellschaftliches Problem und unter keinen Umständen tolerierbar.

Nichtsdestotrotz bleibt die Frage, welche Rolle Corona und insbesondere die Einschränkungen der letzten Monate gespielt haben. Das gehört zu einer ehrlichen und notwendigen Reflexion der politischen Arbeit, insbesondere, wenn sie solch grundlegende Einschränkungen beinhaltet, dazu! Die Rückmeldungen hierzu sind bisher geteilt: Nach Angaben des Stuttgarter Autonomen Frauenhauses häufen sich nun, seit der Lockerung der Corona-Beschränkungen, die Hilferufe schutzsuchender Frauen. Man gehe davon aus, dass sich durch die räumliche Nähe in der Corona-Krise bereits vorhandene Spannungen verschärft haben. Zugleich hätten die Frauen während des Höhepunktes der Pandemie-Einschränkungen kaum Möglichkeiten gehabt, aus gewaltgeprägten Beziehungen auszubrechen. Das Sozialministerium teilt nach eigenen Angaben die Einschätzung der Expertin. Auch Bundesweit rechneten die Fachleute nun damit, dass mit den weiteren Lockerungen der Kontaktbeschränkungen sich auch die Opfer von häuslicher Gewalt jetzt wieder verstärkt an die bestehenden Hilfeeinrichtungen wenden. Das gilt es genauestens zu beobachten! Das baden-württembergische Innenministerium stellt dahingegen keinen Anstieg der Fallzahlen fest. Vor dem Hintergrund der Ausgangsbeschränkungen wegen der Pandemie habe das Landeskriminalamt eine umfassende Sonderauswertung zur Entwicklung der häuslichen Gewalt vorgenommen. Dabei hätten sich keine relevanten Veränderungen ergeben.

Unabhängig davon ist klar: Wir brauchen mehr Frauenhäuser, damit jedes Opfer Schutz und Sicherheit sowie eine Unterbrechung der Gewalt erfährt. Damit die Frauenhäuser Infektionsschutz oder Quarantäne bedarfsgerecht sicherstellen können, hat das Land Mitte Mai 2020 eine Nothilfe von bis zu 275 000 Euro für die Anmietung von Ausweichquartieren bereitgestellt.

https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/ravensburg_artikel,-corona-newsblog-pauschale-reisewarnung-fuer-gut-160-laender-noch-bis-ende-september-arid,11267094.html

<https://regionalheute.de/auch-ohne-corona-anfragen-an-frauenhaeuser-steigen-stetig-1599558831/>

Ergebnisse des Autogipfels

Am Dienstagabend waren Vertreter der Automobilbranche mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU), mehreren Bundesministern sowie den Ministerpräsidenten der sogenannten Autoländer Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen zur Videokonferenz verabredet, zum virtuellen Autogipfel.

Schnelleres Internet im Auto, eine deutsche Vorreiterrolle beim autonomen Fahren und kundenfreundlicheres Laden von E-Fahrzeugen sind die Kernziele, die der „Autogipfel“ für die angeschlagene Branche formuliert hat. Die Kaufprämie für Benzin- und Dieselfahrzeuge ist vom Tisch. Vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen wird es darum gehen, ihre Liquidität zu sichern. Hierfür hat Baden-Württemberg bereits einen Beteiligungsfonds aufgelegt. Auch der Bund prüft jetzt, wie ein marktwirtschaftliches Konzept zur Stärkung des Eigenkapitals aussehen könnte. Das ist wichtig um unsere Wirtschaft (insbesondere den Mittelstand) vor Übernahmen zu schützen.

Eine Arbeitsgruppe soll bis zum nächsten Spitzengespräch im November prüfen, ob und wie ein "marktwirtschaftliches Konzept" zur Unterstützung der Branche entwickelt werden könnte. Es wird außerdem um die Frage gehen, welche weiteren Investitionen aus dem schon beschlossenen Konjunkturpaket für die Autobranche in Frage kommen. Hier liegt der Fokus darauf, Zukunftstechnologien und Weiterqualifizierung massiv und gut aufeinander abgestimmt voranzutreiben.

Es sei außerdem wichtig, dass das zwischen Bund und Ländern im Juni vereinbarte zusätzliche Programm über insgesamt zwei Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen der Fahrzeughersteller und der Zulieferindustrie schnell ausgerollt werde. Damit sollen etwa Investitionen in neue Technologien gefördert werden. Das Bundeswirtschaftsministerium arbeitet derzeit an der Umsetzung.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/reaktionen-auf-den-autogipfel-der-grosse-spurwechsel-16944944.html>

Corona und Schule

Immer mehr CDU-Mitglieder in Baden-Württemberg fragen sich, was los ist mit der Frau, die im nächsten Frühjahr Winfried Kretschmann beerben will. Statt durchzustarten als Macherin in der Corona-Krise, bringt Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann Schulleitungen, Lehrkräfte oder Kommunen gegen sich auf. Und sogar den neu gewählten Landeselternbeirat. Die kritische baden-württembergische Wochenzeitung „Kontext“ bringt aktuell die Zusammenfassung des Stimmungsbildes rund um Frau Ministerin Eisenmann und ihre Corona-Schulpolitik. Insbesondere die Verärgerung der Elternbeiräte ist groß.

https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/493/alle-laestern-ab-6976.html?pk_campaign=KONTEXT-per-EMail&pk_kwd=Ausgabe-493

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblog-bw-100.html>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-+faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

file:///itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinschaetzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informationen-zum-coronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/deutsche-gebaerdensprache/deutsche-gebaerdensprache.html>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)